

Kolumne

Wie Staatsverschuldung die Inflation anheizt

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz, SCHMITZ & PARTNER AG

Überall dort, wo Staaten am höchsten verschuldet sind, vernichtet Inflation die Rücklagen der Bürger am stärksten. Wie es besser geht, zeigt die Schweiz.

Weiterer Anstieg

Deutschland: 5,1%. So hoch war die Inflationsrate im Februar 2022 – und sie wird weiter zunehmen, da die Energiekosten durch den russischen Überfall auf die Ukraine in die Höhe geschossen sind. Die Schweiz dagegen: 2,2% – nicht einmal halb so viel Kaufkraftverlust im selben Zeitraum. Wie kann das sein?

Die Antwort liegt in den Staatsschulden begründet. Deutschland stand im dritten Quartal 2021 mit knapp 70% des Bruttoinlandsprodukts in der Kreide. Und dies ist innerhalb der Eurostaaten sogar noch ein guter Wert; Italien kommt auf über 155% und Griechenland übertrifft sogar die Marke von 200%. In der Schweiz hingegen lag die Staatsschuldenquote bei weniger als 30% – ein Top-Wert weltweit.

Überangebot an Geld

Der Begriff Inflation stammt vom lateinischen „inflare“ ab, was „aufblasen“ bedeutet. Hierzu passt, dass die Europäische Zentralbank die Geldmenge M3 seit 2019 um über 19% ausgeweitet hat. Dieses Überangebot an Geld trifft auf eine nahezu gleichgebliebene Gütermenge. In der Vergangenheit wurde ein Teil des übermäßigen Geldwachstums durch eine gesunkene Umlaufgeschwindigkeit aufgefangen. Dies ist jedoch nicht mehr der Fall. Das erwartbare Resultat sind die steigenden Preise. Klar ist auch: Die Inflation ist nicht nur vorübergehend, wie es manch politisch Verantwortlicher

oder Zentralbanker behauptet. Schon aufgrund der höheren Energiepreise wird sie sich längerfristig fortsetzen. Und sie trifft die Bürger nicht nur punktuell, sondern ist breit gestreut und tangiert auch Bereiche wie Lebensmittel. Mehr noch: Die Erzeugerpreise stiegen nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Januar 2022 sogar um satte 25% – und damit so stark wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.

Politisch gewollte Teuerung

Wenn aber Inflation den Bürgern schadet, warum unternehmen Politiker und Notenbanker nichts dagegen, wo doch Erstere das Volk vor Schaden bewahren und für Letztere Geldwertstabilität das Ziel sein sollte? Weil sie dem Staat nützt! Die immense Schuldenlast muss in der Zukunft – zumindest theoretisch – zurückbezahlt werden; ebenso die immer höheren Kosten für die Finanzierung, denn die Kreditzinsen dürften kaum für immer bei 0% bleiben. Da sich die Defizite nominal kaum abbauen lassen, besteht nur noch die Möglichkeit, sie zumindest real erträglich zu gestalten, indem man eine höhere Inflation zulässt bzw. sogar aktiv herbeiführt. Daher erwarte ich einen weiter anhaltenden Kurs- und Wertverfall des Euro, insbesondere gegenüber Hartwährungen wie dem Schweizer Franken, der gemessen an der Kaufkraftparität sogar noch unterbewertet erscheint. Auch die norwegische Krone ist aufgrund solider Staatsfinanzen sehr stabil. Für Anleger empfiehlt es sich, in Aktien aus diesen Ländern zu investieren, da sie zusätzlich zu Wertzuwächsen auf Einzeltitelebene auch von der erwarteten Aufwertung auf Währungsebene profitieren können. ■



Die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Tessin wurde 1997 zur individuellen Betreuung anspruchsvoller Kunden im Vermögensverwaltungsbereich gegründet. Die Schmitz & Partner AG arbeitet mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen. Dr. Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA-Depotverwaltung mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Durch die Kooperation mit der Schmitz & Partner AG haben Anleger die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv.